



DIE WELT, 20.10.2021, Nr. 239, S. 2 / Ressort: Politik

Rubrik: Auf einen Blick

Auf einen Blick

Innenpolitik ++ Sitzordnung im Bundestag: Niemand will neben die AfD ++ Verhandlungen über Ampel-Koalition: SPD und Grüne setzen auf Schulden ++ Deutschland/Polen: Mehr Migranten zurückgeschickt ++ Umfrage zu Cannabis: Nur sieben Prozent für Verbot ++ KZ-Prozess in Itzehoe: 96-jährige Angeklagte schweigt ++ Außenpolitik ++ Unterstützung für Warschau: Frankreichs EU-Skepsis ++ Türkei nennt Erklärung "inakzeptabel": Botschafter vorgeladen ++ Italien: Beim Impfen vor Deutschland ++ Bürgerkrieg im Jemen: 10.000 Kinder tot oder verwundet ++ Wissen ++ Pandemie: Humor hilft gegen Corona-Stress ++ Biodiversität: Kot fördert Insektenvielfalt ++ Wirtschaft und Geld ++ **Energiemarkt: Tesla mit eigenem Strom-Tarif ++ OECD-Studie: Frühverrentungen stoppen ++ ErneuerbareEnergien: Deutschland unter EU-Durchschnitt ++ Fast eine Milliarde Dollar: Viel Geld für Lieferdienst Gorillas ++ Diesel-Skandal: Nur geringes Bußgeld für Opel ++ Logistikbranche: Lkw-Fahrer verdienen schlecht ++ Finanzmärkte: Dax legt zu ++ Sport ++ FC Bayern München: Spiel gegen Lissabon überschattet ++ Italien: Lebenslanges Stadionverbot droht ++ Alpiner Skisport: Ferstl fällt wochenlang aus ++ Kultur und Gesellschaft ++ Berühmte Sopranistin: Edita Gruberová gestorben ++ Nordrhein-Westfalen: 2,4 Millionen suchen Gewinner ++ La Palma: Ein Monat Vulkanausbruch**

Innenpolitik

Sitzordnung im Bundestag

Niemand will neben die AfD

Unerwartete Hilfe: Die Linke ist für eine neue Sitzordnung im Bundestag und will die FDP unterstützen, ihren Platz neben der AfD an die Union abzugeben. "Jeder Demokrat, der nicht mehr neben der AfD sitzen möchte, hat meine volle Unterstützung", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Linken-Fraktion, Jan Korte. "Wir hatten in der Opposition eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der FDP, insbesondere wenn es um Bürgerrechte oder die Rechte des Parlaments ging", fügte er als Begründung an, wieso die Linken die Liberalen unterstützen wollen. Die FDP möchte mit der Union die Plätze tauschen - die dies aber ablehnt. "Die Sitzordnung im Deutschen Bundestag ist kein Karussell, das nach Belieben herumgedreht werden sollte", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Stefan Müller (CSU). Wer letztlich die Entscheidung trifft und warum das Ganze so brisant ist, lesen Sie auf Seite 4.

Verhandlungen über Ampel-Koalition

SPD und Grüne setzen auf Schulden

Trotz aller Harmoniebekundungen: In den Verhandlungen über eine Ampel-Koalition sind harte Nüsse zu knacken. So betonten SPD und Grüne, dass nötige Investitionen über Schulden finanziert werden sollen - allerdings im Rahmen der geltenden Schuldenbremse. Diese enthalte dafür Spielräume, sagte SPD-Co-Chef Norbert Walter-Borjans der Funke Mediengruppe. Grünen-Co-Chefin Annalena Baerbock verwies im ZDF zudem darauf, dass man den Weg über Investitionen außerhalb des Haushalts gehen könne. Das sei heute auch schon möglich im Bereich der Bahn oder der Förderbank KfW, sagte sie. Die FDP lehnt zusätzliche Schulden ab. Die Koalitionsverhandlungen sollen am Donnerstagnachmittag beginnen, geplant sind 22 Arbeitsgruppen.

Deutschland/Polen

Mehr Migranten zurückgeschickt

Deutschland schickt zunehmend aus Belarus über Polen einreisende Migranten in das Nachbarland zurück. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums vom Dienstag wurden im August und September 104 beziehungsweise 108 Rücknahmeanträge von deutschen Behörden gestellt. In den beiden Monaten stimmte Polen in 128 Fällen zu. Im Juli hatte es nur 37 Rücküberstellungs-Anträge und -Zusagen gegeben. Zuvor pendelte die Zahl um die 65 pro Monat. Hintergrund ist, dass die Zahl der über Belarus und Polen nach Deutschland einreisenden Migranten und Flüchtlinge deutlich zugenommen hat. Weil Polen das erste Schengen-Land ist, das die Menschen betreten, müssten sie Asylanträge eigentlich dort stellen.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will am heutigen Mittwoch im Bundeskabinett mögliche Schritte gegen illegale Grenzübertritte erläutern. Er schlug seinem polnischen Amtskollegen in einem Brief gemeinsame Streifen an der deutsch-polnischen Grenze vor. Das Thema Migration wird in den Koalitionsverhandlungen eine wichtige Rolle spielen. Was die potenziellen Partner in dem Bereich planen, lesen Sie auf Seite 5.

Umfrage zu Cannabis

Nur sieben Prozent für Verbot

Kommt mit der neuen Bundesregierung auch eine Legalisierung von Cannabis? Laut einer Umfrage sind 30 Prozent der Bürger grundsätzlich für eine generelle Freigabe, wie aus dem am Dienstag veröffentlichten "Trendbarometer" von RTL und ntv hervorgeht. 59 Prozent finden, dass das Hanfgewächs nur als Arzneimittel erlaubt sein sollte. Lediglich sieben Prozent sagen, der Verkauf und Konsum von Cannabis sollte generell verboten sein. Für die Umfrage hat das Meinungsforschungsinstitut Forsa Mitte Oktober gut 1000 Menschen befragt. Für medizinische Zwecke ist Cannabis in Deutschland seit 2017 erlaubt und darf von Ärzten verschrieben werden, etwa zur Schmerzlinderung bei Schwerkranken. Am ehesten sind junge Leute für die generelle Legalisierung: Bei den 14- bis 29-Jährigen sind es 39 Prozent, bei den 30- bis 44-Jährigen sogar 41 Prozent.

KZ-Prozess in Itzehoe

96-jährige Angeklagte schweigt

Wer auf eine Aussage oder gar Reue gehofft hatte, wurde am Dienstag enttäuscht: Im Prozess gegen die ehemalige KZ-Sekretärin vor dem Landgericht Itzehoe schwieg die Angeklagte zu den Vorwürfen. Seine Mandantin werde sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht äußern und auch keine Fragen beantworten, sagte ihr Verteidiger Wolf Molkentin. Sie leugne nicht den Holocaust und "auch nicht diejenigen schrecklichen Taten, die uns allen durch Verlesung der Anklageschrift soeben noch einmal vor Augen geführt worden sind", sagte Molkentin. Seine Mandantin trete nur dem Vorwurf entgegen, sie persönlich habe eine strafrechtliche Schuld auf sich geladen. Die 96-jährige Irmgard F. ist wegen Beihilfe zum Mord in mehr als 11.000 Fällen angeklagt. Sie hatte nach Angaben der Staatsanwaltschaft 1943 bis 1945 in der Kommandantur des deutschen Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig gearbeitet. Als Stenotypistin und Schreibkraft habe sie den Verantwortlichen des Lagers bei der systematischen Tötung von Gefangenen Hilfe geleistet. Zum eigentlichen Prozessbeginn am 30. September war die Angeklagte nicht erschienen. Sie war untergetaucht und wurde später festgenommen.

Außenpolitik

Unterstützung für Warschau

Frankreichs EU-Skepsis

Die polnische Regierung droht die Europäische Union in eine neue schwere Krise zu stürzen - und erhält dabei unerwartete Unterstützung. Der Auftritt des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki vor dem Europäischen Parlament, bei dem er die Unvereinbarkeit von Teilen des EU-Rechts mit Polens Verfassung bekräftigte, hat zwar in Brüssel und vielen Mitgliedsländern für Empörung gesorgt. Aber in Frankreich schlägt ihm durchaus Sympathie entgegen: Nicht nur Nationalkonservative wie Marine Le Pen oder Rechtsextreme wie Éric Zemmour, sondern auch viele Konservative zeigen Verständnis für den Nationalismus der Polen und deren Absage an Grundwerte der EU. Warum das so ist, lesen Sie auf Seite 5.

Türkei nennt Erklärung "inakzeptabel"

Botschafter vorgeladen

Kritik aus dem Westen an der Türkei wegen mangelnder Rechtsstaatlichkeit belastet seit Jahren die Beziehungen. Nun hat das türkische Außenministerium die Botschafter von Deutschland und neun weiteren Staaten vorgeladen - es geht um eine Erklärung, in der die Länder die sofortige Freilassung des Menschenrechtsaktivisten Osman Kavala fordern. "Botschafter, die der Justiz in einem laufenden Verfahren eine Empfehlung und einen Vorschlag machen, sind inakzeptabel", schrieb Innenminister Süleyman Soylu auf Twitter. Die Forderung werfe einen Schatten auf das Verständnis der diplomatischen Vertreter von Recht und Demokratie. Zu den einbestellten Botschaftern zählen neben Diplomaten aus Deutschland, den Vereinigten Staaten und Frankreich auch die Auslandsvertreter von Kanada, Dänemark, die Niederlande, Norwegen, Schweden, Finnland und Neuseeland.

Italien

Beim Impfen vor Deutschland

Kaum ein anderes Land fährt eine Coronapolitik, die so sehr einem Impfzwang gleichkommt wie Italien. Während Deutschland mit seiner Impfstrategie niemanden vor den Kopf stoßen will, setzt der italienische Regierungschef Mario Draghi auf härteste Maßnahmen. Der Aufschrei war zunächst laut, Impfgegner gingen auf die Straße und lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei. Inzwischen liegt die Impfquote in Italien fast zehn Prozentpunkte über der in Deutschland. Was ist das Geheimnis dieses Erfolgs? Das lesen Sie auf Seite 6.

Bürgerkrieg im Jemen

10.000 Kinder tot oder verwundet

Das UN-Kinderhilfswerk Unicef spricht von einem "beschämenden Meilenstein": Seit Beginn der Kämpfe 2015 seien im Bürgerkriegsland Jemen mehr als 10.000 Minderjährige durch Kampfhandlungen getötet oder verwundet worden. Dabei handele es sich um die Fälle, die Unicef dokumentiert habe. Die wahre Zahl liege wohl höher, weil viele Fälle nicht gemeldet würden. Der ohnehin stark verarmte Jemen liegt nach dem jahrelangen Bürgerkrieg in Trümmern. Mehr als 20 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Das Land gilt bei den Vereinten Nationen als schlimmste humanitäre Krise der Welt. 400.000 Kinder sind schwer unterernährt.

Wissen

Pandemie

Humor hilft gegen Corona-Stress

Sogenannte Memes, also witzige Internet-Bilder, können Menschen dabei helfen, den mit der Corona-Pandemie verbundenen Stress zu bewältigen. Das legt eine US-Studie über die Wirkung dieser Bildchen nahe, die im Fachblatt "Psychology of Popular Media" veröffentlicht ist. "Als sich die Pandemie immer weiter hinzog, wurde es für mich zunehmend interessanter, wie die Menschen die sozialen Medien und insbesondere Memes nutzten, um über die Pandemie nachzudenken", sagte die Hauptautorin Jessica Myrick von der Penn State University. Sie und ihr Team befragten im Dezember 748 Menschen online, um herauszufinden, ob das Betrachten unterschiedlicher Memes Emotionen, Ängste, Informationsverarbeitung und Bewältigung der Corona-Krise beeinflusst. Dafür sammelten sie Hunderte beliebte Memes und teilten diese in Kategorien ein, so etwa danach, ob sich die Bildunterschrift auf Covid-19 bezog oder nicht.

Biodiversität

Kot fördert Insektenvielfalt

Weidetiere wie Schafe, Pferde und Rinder fördern einer Studie zufolge die Käfervielfalt. Auf den Bergheiden im Nordschwarzwald seien bei Untersuchungen mehr als 30 verschiedene Dungkäferarten nachgewiesen worden, teilte der Nationalpark Schwarzwald am Dienstag mit. Im Mittel hätten 50 Käfer die Dunghaufen besiedelt, sagte Käferspezialist Jörn Buse. "Einzelne Dunghaufen enthielten sogar mehr als 800 Tiere." Die Käfer haben im Ökosystem eine wichtige Rolle, wie der Experte für Biodiversität erläuterte: "Ohne ihre fleißige Arbeit wäre der Nährstoffkreislauf nicht geschlossen." Die Hinterlassenschaften der Käferlarven seien Dünger für Pflanzen. Außerdem belüfteten die Käfer den Boden, wenn sie sich hindurchgraben - und brächten so auch im Dung enthaltene Pflanzensamen in den Boden.

Wirtschaft und Geld

Energiemarkt

Tesla mit eigenem Strom-Tarif

Tesla führt einen eigenen Strom-Tarif unter seinem Namen ein. Bestellen können den Tarif nur Kunden, die schon einen Tesla-Stromspeicher und eine Solaranlage besitzen. Kunden sollen den Vorteil haben, dass sie keinen Aufschlag auf den Kilowattstundenpreis bezahlen müssen, sondern lediglich eine pauschale Grundgebühr. Anbieter ist das britische Unternehmen Octopus Energy. Doch der Haken ist: Festgelegt wird der Preis für die Kilowattstunde - wie bei fast allen anderen Anbietern - bei Vertragsabschluss. Sinkt der Strompreis im Einkauf, profitieren die Tesla-Strom-Kunden nicht davon. Warum andere Anbieter schon weiter sind und flexible Tarife bieten, lesen Sie auf Seite 10.

OECD-Studie

Frühverrentungen stoppen

Um eine Belastung der Staatsfinanzen auf lange Sicht zu verhindern, hat die OECD strukturelle Reformen im Arbeitswesen empfohlen. Besonders in den Bereichen Rente, Gesundheit und Pflege werden die Ausgaben in den kommenden Jahren deutlich zunehmen, wie es in einem Ausblick bis 2060 heißt. Grund seien eine älter werdende Bevölkerung und zunehmende Kosten für Dienstleistungen. Abfedern könnten diese Belastung strukturelle Reformen, hieß es von der Industriestaatenorganisation OECD. Konkret gehe es etwa darum, die Arbeitslosenquote zu senken und die Zahl der Frühverrentungen zu verringern.

ErneuerbareEnergien

Deutschland unter EU-Durchschnitt

Das Ziel ist ehrgeizig: Der Anteil erneuerbarer **Energien** am gesamten **Energieverbrauch** der EU soll bis 2030 auf 40 Prozent ansteigen - im Jahr 2019 lag der Durchschnitt in allen EU-Ländern aber nur bei 19,7 Prozent, wie das Statistische Bundesamt

mitteilte. Der Anteil der Erneuerbaren wuchs demnach zwischen 2009 und 2019 um 5,8 Prozentpunkte. Deutschland landete im europäischen Vergleich nur auf Rang 16. und deckte 2019 insgesamt 17,4 Prozent seines Bruttoendenergieverbrauchs mit Erneuerbaren ab. 2009 waren es 10,9 Prozent gewesen. Der Zuwachs war zwar überdurchschnittlich, insgesamt blieb Deutschland beim Anteil der Erneuerbaren jedoch unter dem EU-Schnitt. Die Vorreiter der **Energiewende** finden sich in Nordeuropa: Schweden deckte 2019 bereits 56,4 Prozent seines **Energieverbrauchs** mit erneuerbaren **Energien**, Finnland 43,1 Prozent.

Fast eine Milliarde Dollar

Viel Geld für Lieferdienst Gorillas

Der Lebensmittellieferdienst Gorillas hat fast eine Milliarde Dollar (858 Millionen Euro) von Investoren eingesammelt. Größter Geldgeber ist die Lieferplattform Delivery Hero mit 235 Millionen Dollar. Delivery Hero hält damit nun rund acht Prozent an Gorillas. Weitere Investoren sind etwa der Technologiekonzern Tencent aus China, die US-Investmentgesellschaft Coatue oder die in Peking ansässige Beteiligungsgesellschaft DST Global. Gorillas war 2020 von Kagan Sürer in Berlin gegründet worden. Die Fahrradkuriere des Unternehmens liefern mittlerweile in 22 deutschen Städten Lebensmittel aus. Die Besonderheit ist dabei die schnelle Lieferzeit: Lebensmittel werden innerhalb von zehn Minuten geliefert. Möglich ist dies durch ein dichtes Netz von Zwischenlagern in den Städten. In Deutschland kritisieren viele Fahrer die Arbeitsbedingungen.

Diesel-Skandal

Nur geringes Bußgeld für Opel

Der Autobauer Opel kommt im Dieselabgas-Skandal mit einem Bußgeld von 64,8 Millionen Euro davon. Das Unternehmen hat eine bereits im Februar verhängte Verbandsgeldbuße akzeptiert und gezahlt. Zudem wurden im Mai die Ermittlungsverfahren gegen sechs Opel-Manager eingestellt, von denen zwei nur eine geringe Schuld trugen und die übrigen Geldauflagen zwischen 5000 und 10.000 Euro an gemeinnützige Einrichtungen geleistet haben. Damit sind die Ermittlungen abgeschlossen, die 2018 zu einer Großrazzia in der Opel-Zentrale Rüsselsheim und im Komponentenwerk Kaiserslautern geführt hatten. Der strafrechtliche Verdacht des Betrugs ist vom Tisch, zu einem Prozess gegen mutmaßliche Verantwortliche nach dem Vorbild von VW wird es nicht kommen. Der Opel-Mutterkonzern Stellantis wird voraussichtlich versuchen, das Millionen-Bußgeld auf den Opel-Alteigentümer General Motors abzuwälzen. Die Amerikaner haften noch für von ihnen entwickelte Modelle.

Logistikbranche

Lkw-Fahrer verdienen schlecht

Lastwagenfahrer sind gesucht, sie verdienen im Vergleich zu Beschäftigten in der deutschen Wirtschaft allerdings unterdurchschnittlich. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, erhielten Fachkräfte im Gütertransport im vergangenen Jahr in Vollzeit durchschnittlich 14,21 Euro brutto die Stunde. Angelernte bekamen 12,91 Euro. In der Wirtschaft insgesamt lag der durchschnittliche Stundenverdienst für Fachkräfte bei 19,97 Euro brutto, für Angelernte bei 16,02 Euro. Die Branche klagt seit Jahren über den Fachkräftemangel.

Finanzmärkte

Dax legt zu

Nach dem Rückschlag zu Wochenbeginn hat sich der Dax am Dienstag stabilisiert. Zum Börsenschluss stand der deutsche Leitindex 0,3 Prozent im Plus bei 15.515 Punkten. Der MDax der mittelgroßen Börsenunternehmen stieg um 0,6 Prozent auf 34.590 Punkte. Der Eurozonen-Leitindex EuroStoxx 50 gewann 0,3 Prozent auf 4164 Zähler. Gewinner im Dax sind die Aktien von HeidelbergCement mit einem Plus von 3,0 Prozent. Gefolgt von Münchener Rück, die nach der Vorlage von Eckdaten für das dritte Quartal um 2,6 Prozent zulegte. Mehr Kurse finden Sie auf Seite 9.

Sport

FC Bayern München

Spiel gegen Lissabon überschattet

Der Fall Lucas Hernández überschattet das sportliche Geschehen beim FC Bayern immer stärker. Am heutigen Mittwoch tritt der deutsche Fußball-Rekordmeister in der Champions League bei Benfica Lissabon an - für den Verteidiger könnte es vorerst die letzte Partie sein. Ihm droht eine sechs Monate lange Haftstrafe. Es geht um einen Verstoß gegen ein Annäherungs- und Kontaktverbot, das auf einen handgreiflichen Streit mit seiner damaligen Freundin und heutigen Frau aus dem Jahr 2017 zurückgeht. Am Dienstag sagte ein Sprecher der Gerichtsverwaltung in Madrid, es gebe noch keinen Termin für die Entscheidung über die von Hernández gegen die Haft eingelegte Berufung. Wie die Bayern-Führung über den Fall denkt, lesen Sie auf Seite 13.

Italien

Lebenslanges Stadionverbot droht

Die italienische Serie A will härter gegen rassistische Fans vorgehen und diese dauerhaft aus den Fußballstadien verbannen. Das kündigte Liga-Chef Paolo Dal Pino an: "Wir arbeiten an einer Übereinkunft über lebenslange Sperren für jene, die sich rassistisch schuldig machen, und zwar nicht nur für ein Stadion, sondern für alle", sagte Dal Pino. Dazu schlägt er vor, neben dem Videoassistenten einen "Respektraum" zu installieren, wo dank Überwachungstechnologie rassistische Taten erfasst werden. Zuletzt war es zu einigen Vorfällen gekommen, bei denen schwarze Spieler von den gegnerischen Fans beleidigt worden waren.

Alpiner Skisport

Ferstl fällt wochenlang aus

Skirennfahrer Josef Ferstl wird aufgrund einer Beinverletzung die nächsten Wochen ausfallen. Der Kitzbühel-Sieger von 2019 zog sich im Riesenslalomtraining einen Fasziensriss im Oberschenkel zu. "3-4 Wochen Zwangspause", schrieb der 32-Jährige in den sozialen Medien. Dazu postete der Traunsteiner ein Bild aus einem Behandlungszimmer des Fußball-Bundesligisten FC Bayern München, auf dem auch sein dick bandagierter Oberschenkel zu sehen war.

Kultur und Gesellschaft

Berühmte Sopranistin

Edita Gruberová gestorben

Keine war wie sie, weder vom Temperament her, noch von der Allüre, vom Können, der Disziplin, wie dem Mut, sich auch in späten Karrierejahren noch einmal neu zu erfinden. Nun ist die slowakische Sopranistin Edita Gruberová im Alter von 74 Jahren gestorben. Mit den großen Plattenfirmen kam sie nie sonderlich gut aus, also ließ sie sich ein eigenes Label zimmern: Nightingale Classics. Die Cover sind längst Kult, auch das Repertoire, über die Koloratur-Achttausender bis hin zu Disney-Schlagern mit einem japanischen Countertenor oder Latino-Schmusesongs: Die Gruberová konnte auch sehr camp sein. Mehr über die Sopranistin lesen Sie auf Seite 16.

Nordrhein-Westfalen

2,4 Millionen suchen Gewinner

Alle reden vom Lottogewinn - und wenn er dann da ist, holt ihn keiner ab? Rund zwei Monate nach einem Lottogewinn über 2,4 Millionen Euro hat sich der Gewinner noch nicht gemeldet. Jetzt sprechen die Mitarbeiter in den Annahmestellen die Kunden gezielt an, wie Westlotto mitteilte. Die Mitarbeiter würden bei den Spielern nachfragen: "Entschuldigung, aber sind Sie vielleicht unser neuer Millionär?", heißt es. "Wir werden alles Erdenkliche tun, um den Spieler zu finden und den Gewinn zustellen zu können", sagte ein Lotto-Sprecher. Die Mitarbeiter baten demnach die Kunden, alte Spielscheine zu kontrollieren. Westlotto vermutet, dass der neue Millionär aus dem Ruhrgebiet kommt. Dort wurde der Schein am 25. August abgegeben.

La Palma

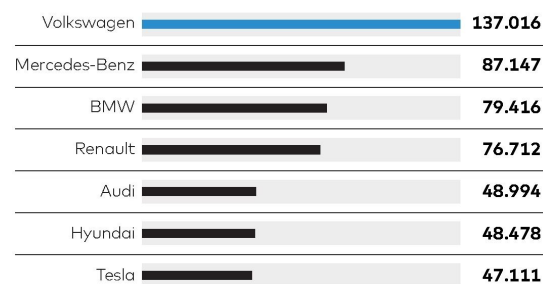
Ein Monat Vulkanausbruch

Der Vulkan auf der spanischen Kanareninsel La Palma spuckt seit einem Monat Asche, Rauch und Lava - und ein Ende ist nicht in Sicht. Da die aus dem Vulkan ausströmenden Gase derzeit wegen der Wetterlage nicht ausreichend abziehen, riefen die Behörden rund 7000 Bewohner des Ortes El Paso auf, ihre Häuser möglichst nicht zu verlassen. Gleichzeitig ist ein zweiter, nördlicherer Lavastrom kurz davor, das Meer zu erreichen.

E-AUTO-PRÄMIE

Volkswagen ist der größte Profiteur

Zahl der Umweltbonus-Anträge für Pkw mit alternativen Antrieben nach Hersteller*



WELT

* Gesamtzahl der Anträge seit Mai 2016, Stand: Okt. 2021
Quelle: BAFA



Quelle:	DIE WELT, 20.10.2021, Nr. 239, S. 2
Ressort:	Politik
Rubrik:	Auf einen Blick
Dokumentnummer:	179677594

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_9262f8f98bbae043353d6075f62d024832797089

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH